

Liebe Leserin, lieber Leser,



als ich Anfang November in den Nachrichten zum ersten Mal hörte, dass unsere Gesundheitsministerin Andrea Fischer überprüfe, ob nicht doch ein Importverbot für britisches Rindfleisch auszusprechen sei, da empfand ich – man möge mir verzeihen – eine gewisse Genugtuung: Wie oft hatte

ich in meinem Freundes- und Bekanntenkreis heftige Debatten über Sinn und Unsinn der Kennzeichnungspflicht britischen Rindfleisches geführt und auf die Gefahr hingewiesen, die die Verfütterung von Tiermehl in sich birgt – doch außer, dass meine Sorge als absolut übertrieben abgetan wurde („... es wird schon nicht so schlimm sein!“), gab es kaum Reaktionen.

Nun ist jedoch genau das eingetreten, was ich seit langem befürchtet habe und was selbst die größten Zweck-Optimisten wachgerüttelt haben dürfte: Seit 24. November wissen wir, dass Deutschland nicht BSE-frei ist! In Radio- und Fernsehsendungen überschlugen sich in diesen Tagen die Berichterstattungen, Sondersendungen werden in die Programme aufgenommen – und Gesundheitsministerin Andrea Fischer hat in einem

ZDF-Spezial an eben jenem 24. November auf die Frage, ob wir in falscher Sicherheit eingelullt worden wären, nichts Entlarvenderes zu sagen als: „Wir haben die Besorgnis schon länger, was passieren würde, wenn wir in größerem Ausmaß testen...“

Bei dieser Äußerung packt mich das Entsetzen! Und auch Herr Funke, seines Zeichens Bundeslandwirtschaftsminister, musste nun also doch erkennen, dass wir ein ernsthaftes Problem haben – nachdem er noch bis vor kurzem vehement behauptet hatte, Deutschland sei BSE-frei! Ich ahne, dass in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten noch schreckliche Wahrheiten an den Tag kommen werden und wir erfahren, was man uns in der Vergangenheit alles an Unwahrheiten aufgetischt hat.

Doch ich hoffe, dass nicht nur Wissenschaftler jetzt mit Volldampf an die Erforschung aller Übertragungswege von BSE gehen, sondern auch Politiker nun endlich mit ihrer grob-fahrlässigen Lobby- und Verharmlosungspolitik aufhören und ihren Handlungsbedarf erkennen – und zwar nicht nur auf nationaler Ebene, sondern EU-weit; ohne Kompromisse und ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen!

Ihre

Annette Rattke